

Liebe Mettenhoferinnen! Liebe Mettenhofer!

das Jahr 2000 ist nun fast zu Ende. Das ist für mich ein Grund, noch einmal zurückzublicken.

Das Jahr begann mit unserem traditionellen Hallenfußballturnier für Straßenmannschaften in der Sporthalle des BZM Anfang Februar. Den SPD-Wanderpokal holten sich dieses Mal die Mannschaft aus der Stockholmstraße. Am 26. Januar 2001 wird das nächste Mal angepfeifen. Es bleibt also noch ein wenig Zeit zum trainieren!

Am 21. Februar wurde das Stadtteilbüro Mettenhof auf Hof Akkerboom



mit 2 Mitarbeitern eröffnet. Das Stadtteilbüro unterstützt professionell die Arbeit der ehrenamtlichen

Mitglieder des Ortsbeirates Mettenhof im Projekt „Soziale Stadt“. Bisher sind schon viele interessante Ideen aus dem Büro gekommen, die wir politisch diskutieren und ggf. auf den Weg bringen.

Im Februar holte sich das Rot-Grüne Bündnis im Landtag wieder die Mehrheit. Somit können wir unseren erfolgreich Kurs in Schleswig-Holstein fortsetzen.

Im Juli wurde der neue Marktplatz in Mettenhof durch Innenminister Buß und Stadtpräsidentin Kiet-

Berufs-Ausbildung: Lebenschancen Ausbildungsplätze richtig wählen

Info-Veranstaltung

Des Arbeitsamtes Kiel und der SPD Mettenhof/Hasseldieksdamm

Wann: Am 6. Februar 2001, um 19:00 Uhr

Wo: In der Pausenhalle des BZM

Es informieren

und diskutieren: Arbeitsamt Kiel, Firmen, Berufsschule, AZUBIS

zer unter Anwesenheit von Bürgermeisterin Bommelmann und Stadtrat Klein-Knott feierlich eröffnet.

Unser Kieler Bundestagsabgeordneter Dr. Hans-Peter Bartels machte im Juli einen Besuch in Mettenhof. Zusammen mit den Stadtteilvertretern verbrachte er einen ganzen Tag in Mettenhof und informierte sich bei verschiedenen Besuchen über die Arbeit und die Probleme im Stadtteil.

Bartels besuchte folgende Einrichtungen:

- die Kindertagesstätte der AWO am Jütlandring
- die Ganztagsgrundschule am Göteborgring
- die Mettenhofer Polizei
- der neue Marktplatz und das Einkaufszentrum
- das Stadtteilcafé der AWO
- die KWG Geschäftslei-

tung mit einer Besichtigung der Sanierungsmaßnahmen im Göteborgring

- den Jugendtreff „Kiste“ und
- den Kinder- und Jugendbauernhof der AWO

Mit vielen neuen Eindrücken und Anregungen beendete Hans-Peter Bartels am Abend seinen Besuch in Mettenhof.

Unser Mettenhofer Rats Herr Cai-Uwe Lindner ist vor der Sommerpause zum neuen Fraktionsvorsitzenden der SPD-Mehrheitsfraktion im Kieler Rathaus gewählt worden. Er wurde Nachfolger von Jürgen Fenske, der aus beruflichen Gründen zurückgetreten war.

Den Mettenhofer Andy Mitterer wählte die SPD im Oktober zum neuen Kieler Kreisvorsitzenden.

Ihre SPD in Mettenhof

wird sich auch im kommenden Jahr wieder mit vielen Ehrenamtlichen für die Bewohner im Stadtteil aktiv einsetzen, sei es im Ortsbeirat oder in Arbeitsgruppen wie z.B. der Lenkungsgruppe „Wikingerbummel“.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.



Dirk Lerche

Dirk Lerche
Ortsvereinsvorsitzender

Am Freitag, dem 26. Januar 2001,
ist es ab 15:00 Uhr
in der Sporthalle im BZM wieder so weit:



14. SPD-Hallenfußballturnier für Straßenmannschaften

Seit jetzt schon 14 Jahren fiebern die bis zu 12 Jahren alten Jungen und Mädchen aus Mettenhof und Hasseldieksdamm jährlich diesem Fußballturnier um den begehrten

SPD-Wanderpokal

entgegen.



14. SPD-Hallenfußballturnier

Training und Vorbereitung werden sich lohnen!

Wie immer sind spannende und heiß umkämpfte Spiele zu erwarten, ehe schließlich geklärt ist, wer wie der

letztjährige Sieger "Stockholmstraße" den Pokal für ein Jahr behalten darf. Aber nicht nur die Siegermannschaft wird nach

dem Turnierschluss Grund zur Freude haben, warten doch auch auf die anderen Mannschaften begehrte Preise.



Die Gewinner des letztjährigen Turniers: Die Mannschaften „Stockholmstraße“ (1. Platz) und dem „Fünenweg“ (Fair-Play-Sieger) mit unserem SPD-Landtagsabgeordneten Klaus-Dieter Müller, der die Siegerehrung vornahm.

Mitmachen können wieder Mädchen und Jungen, die in einer Straße unseres Ortsvereines in Mettenhof oder Hasseldieksdamm wohnen. Bei sehr kleinen Mannschaften können sich mehrere Straßen zu einer Mannschaft zusammenschließen. Spielberechtigt sind alle, die am Spieltag nicht älter als 12 Jahre sind. Eine Mannschaft besteht aus 1 Torwart, 5 Feldspielern und bis zu 3 Ersatzspielern. Pro Mann-

schaft ist nur 1 Betreuer anzugeben.

Meldeschluss:

**Donnerstag,
der 20.01.2001**

Hinweise:

- Später eingegangene Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden !
- Maximal 16 Mannschaften können teilnehmen. Entscheidend ist gegebenenfalls die Reihenfolge bei der Anmeldung.

- Das Alter der Spieler ist vom Mannschaftsbetreuer bereits bei der Anmeldung durch Kopien (Spielerpass, Pass oder Geburtsurkunde) nachzuweisen.

Für die Anmeldung und bei Fragen meldet Euch bei: Ralph Stolze, Spitzbergenweg 82, Telefon 52 60 55

Bitte informiert Eure Eltern über Eure Teilnahme !

SPD wählte neuen Kreisvorstand

**Der Mettenhofer, Andy Mitterer,
wird neuer Kreisvorsitzender**



Auf ihrem Kreisparteitag Mitte Oktober wählte die Kieler SPD einen neuen Vorstand. Der bisherige Vorsitzende Rolf Fischer ist im Februar für den Wahlkreis Kiel-Nord in den Landtag gewählt worden, zum neuen Kreisvorsitzenden wurde Andy Mitterer gewählt. Gemeinsam mit dem elfköpfigen Vorstand wird er in den kommenden zwei Jahren die Kieler SPD führen.

Die Kieler SPD ist in Kiel die erfolgreichste politische Partei – nicht nur was die Wahlerfolge angeht. Die wichtigen Strukturentscheidungen der vergangenen Jahre wurden von uns nach sehr intensiven Debatten getroffen. Die Entscheidungen über Stadtwerke und KWG waren dabei sicherlich die bedeutendsten.

Auch für die kommenden Monate hat sich der neue Kreisvorstand ein strammes Arbeitsprogramm gegeben.

Auf der Tagesordnung ganz oben steht die Diskussion um die Sozialpolitik in Kiel. Wir werden die künftigen Anforderungen definieren, denn für die Kieler SPD ist und bleibt die soziale Sicherheit eine Kernaufgabe in der Stadt. Die großen Erfolge der rot-grünen Bundesregierung bei der

Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit haben auch in Kiel konkrete Auswirkungen: Auch bei uns geht die Arbeitslosigkeit spürbar zurück. Und dennoch müssen wir auch weiterhin für die „soziale Stadt“ als solidarisches Gemeinwesen eintreten.

Doch gerade in Zeiten knapper Finanzen ist es unumgänglich, die Steuermöglichkeiten mit der größtmöglichen Effizienz einzusetzen. Für uns bedeutet dies: Hilfe ist kein Almosen, sondern muss Hilfe zur Selbsthilfe sein. Jede sozialpolitische Maßnahme muss dem Ziel dienen, die Selbstständigkeit der Leistungsempfänger zu fördern.

Eine der größten kommunalen Aufgaben des nächsten Jahres wird die Zukunftssicherung des öffentlichen Nahverkehrs sein. Hier kommen auf

die Stadt große Veränderungen zu. Ähnlich dem Telekommunikations- und Energiemarkt wird es durch die Europäische Union zu einer Liberalisierung auch des ÖPNV kommen. Bus-Linien werden dann ausgeschrieben; in Kiel werden sich externe Verkehrsunternehmen um Linien bewerben. Dies führt zu großen Veränderungen, zu neuen Chancen und neuen Herausforderungen für die Politik.

Die Kieler SPD wird diese Fragen gründlich untersuchen und sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der KVAG sichern, die Zukunft der Beschäftigten berücksichtigen als auch für die Kielerinnen und Kieler ein hochwertiges und attraktives Nahverkehrs-Angebot schaffen.

Die Kieler SPD wird weiterhin für die Menschen in unserer Stadt arbeiten – orientiert am Gemeinwohl und gemeinsam mit den Kielerinnen und Kielern.

Aus dem Ortsbeirat

„Soziale Stadt“ für Mettenhof

Bestimmendes Thema für den Ortsbeirat Mettenhof war und ist das von der rot-grünen Bundesregierung aufgelegte Programm „Soziale Stadt“, an dem sich SPD-geführte Landesregierung und Landeshauptstadt Kiel zu gleichen Teilen finanziell beteiligen. Der pünktlich fertig gewordene **neue Marktplatz** ist der erste und wichtigste Meilenstein dieses Programms in Mettenhof.



Ebenfalls abgeschlossen sind die aus dem Programm finanzierten Verbesserungsmaßnahmen beim **Hof Akkerboom**.



2001 steht das Geld bereit, um endlich die von den Mettenhofer Jugendlichen lange vermisste Inliner-Anlage auf der jetzt wieder freien Fläche an der Stavangerstraße ein-

zurichten. Weitere Punkte aus der „Sozialen Stadt“ sind 2001 ein neuer Spielplatz zwischen Astrid-Lindgren-Weg und Marktplatz sowie die von den



MettenhoferInnen entwickelten Ideen zur Neugestaltung des Wikingerbummels. Das zum Programm gehörende Stadtteilbüro hat in Mettenhof gut Fuß gefasst und beide Mitarbeiter bringen sich an den Stellen ein, wo Mettenhof voran gebracht werden soll.



Ausgangsbasis für die Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ ist ein sogenanntes integriertes Handlungskonzept, eine Art Bestandsaufnahme über Mettenhof, aus der heraus sich die Notwendigkeiten zur Verbesserung der Situation im Stadtteil ableiten lassen.



Jetzt kommt es darauf an, dass für weitere Schritte auch weitere Programmjahre finanziert werden können. Für 2001 hat die Ratsversammlung dies auf Initiative der SPD bereits beschlossen.

Im Programmjahr 2001 sollen wieder neue Punkte für Mettenhof realisiert werden, die vom Land noch genehmigt werden müssen. Wenn die Pläne des Frauentreffs für ein „Café Mette“, in dem arbeitslose Frauen beschäftigt und qualifiziert werden, Bestand haben, kann zwischen Marktplatz und Astrid-Lindgren-Weg ein entsprechendes Gebäude errichtet werden. Der Betrieb eines solchen Cafés entspricht voll dem Ziel der „Sozialen Stadt“ zur Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort und würde zugleich dem Stadtteil zu gute kommen. Deshalb wird das Projekt auch gegen den unverständlichen Widerstand der CDU von der SPD nachhaltig unterstützt.

Außerdem sind im Programmjahr 2001 Mittel zur Finanzierung des Stadtteilbüros vorgesehen, um dessen erfolgreiche Arbeit zu verstetigen. 10.000 DM pro Jahr sollen über einen Verfügungsfonds für dringende kleinere

Maßnahmen in Mettenhof bereitgestellt werden. Vergeben wird das Geld vom Stadtteilbüro mit Zustimmung des Ortsbeirats. Mit rund 28.000 DM soll an der Hauptschule im BZM eine „Pädagogische Insel“ zur Hilfe für

Naturschwimmteich in Mettenhof?

Viele MettenhoferInnen wünschen sich seit langem ein Schwimmbad in ihrem Stadtteil, doch der öffentlichen Hand fehlt das Geld und private Investoren lassen sich nicht finden. Inzwischen gibt es Beispiele dafür, dass selbstreinigende Naturschwimmteiche eine preiswerte Alternative zu teuren Schwimmbädern sein können. Deshalb soll auf Antrag der SPD-Fraktion im Ortsbeirat und mit Unterstützung der SPD-Ratsfraktion eine aus der „Sozialen Stadt“ finanzierte

Machbarkeitsstudie ermitteln, ob ein solcher Teich für Mettenhof in Frage kommt. Zu klären sind Fragen der Betriebskosten, des Standorts, der Bewachung usw. Die Mettenhofer SPD ist der Meinung, dass von Fachleuten geprüft werden muss, ob hier eine realistische Chance für eine Schwimmgelegenheit im Stadtteil gegeben ist. Wenn dies der Fall ist, wird sie sich mit Nachdruck für den Bau eines solchen Naturschwimmteiches einsetzen.

Neuer Skandaviendamm



Die Arbeiten am Skandaviendamm sind fast abgeschlossen. Die neue Ampelkreuzung Vaasastraße ist in Betrieb, wobei die Übergangszeiten für Fußgänger noch nachjustiert werden müssen. Der freigeräumte Mittelstreifen zwischen den Fahrbahnen und neue zusätzliche Querungen erleichtern den Fußweg von und zum Einkaufszentrum. Die auf Initiative der Mettenhofer SPD eingerichtete neue Bushaltestelle Stockholmstraße wird bereits bedient und verbessert den Zugang zum Busverkehr.



Verkehrssituation in der Tromsöstraße

In der Tromsöstraße, die für die meisten Bewohner des Heidenbergs die einzige Zufahrtsmöglichkeit darstellt, behindern die bestehenden Park- und Halteregelungen den Verkehr. Die SPD-Fraktion im Ortsbeirat Mettenhof verlangt nach vielen erfolglosen Vorstößen von der städtischen Verkehrsaufsicht, durch Verlagerung der Parkplätze auf die andere Straßenseite die Situation in diesem Nadelöhr zu entspannen.

Parkplätze für Marktbesucher

Der neue Marktplatz wird offensichtlich von Kunden und Marktbesuchern gut angenommen. Ortsbeirat und Bauausschuss setzen sich dafür ein, dass nun die Eigentümer des Einkaufszentrums ordnungsrechtlich gezwun-

gen werden, den Schandfleck des ehemaligen Penny-Marktes zu beseitigen. Außerdem fehlen noch Kurzzeitparkplätze für die Marktbesucher sowie Behindertenparkplätze. Das Tiefbauamt will im nächsten Jahr dafür im Rahmen der Verkehrsberuhigung im Bergenring eine praktikable Lösung realisieren.



Kindertagesstätten am Osloring und Kurt-Schumacher-Platz

Die abgebrannte Kindertagesstätte am Osloring kann 2001 durch einen Neubau ersetzt werden. Es wird hier Platz für sieben Gruppen von 16 bis 22 Kindern geschaffen. Deshalb kann die teure

Anmietung der KiTa am Schumacher-Platz aufgegeben werden, ohne dass es zu Einschränkungen bei der Versorgung Mettenhofs mit Kindergartenplätzen kommt.

IMPRESSUM

WiM - Wir in Mettenhof, herausgegeben vom SPD-Ortsverein Mettenhof/Hasseldiesdamm, Redaktionsanschrift: WiM - Wir in Mettenhof, Ursual Rast-Bossmann Helsingstraße 222, 24109 Kiel
WiM-online@web.de
V.i.S.d.P.: Dirk Lerche, Stockholmstraße, 24109 Kiel
Beiträge: Hanz Peter Bartels, Caty Kietzer, Andy Mitterer, Dirk Lerche, Cai-Uwe Lindner, Klaus-Dieter Müller, Ralph Stolze, Dr. Hans-Friedrich Traulsen,
Layout: Ursula Rast-Bossmann,
Auflage: 4.000 Exemplare, Satz und Druck: Hansadruk

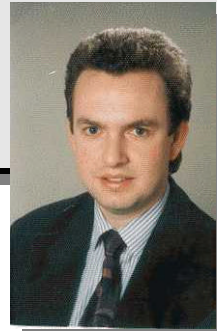
Sanierung am Göteborgring

Die Sanierungsmaßnahmen der KWG am Göteborgring und am Hedinweg gehen entgegen anderslautenden Gerüchten sichtbar voran. Die KWG hat ihre Pläne im Ortsbeirat mehrfach zur Diskussion gestellt. Die ursprünglich vorgesehenen Begrünungsmaßnahmen sind reduziert worden, doch bei der gründlichen Bausanierung bleibt es.

Ortsbeirat Mettenhof als Forum des Stadtteils

Alle wichtigen Fragen, Probleme und Projekte in Mettenhof kommen im Ortsbeirat zur Sprache. Fachleute aus Verwaltung, Einrichtungen und Vereinen stellen sich der Diskussion. Aus der Vielfalt der sonstigen Themen in diesem Jahr seien nur genannt: Sozialpolitik in Mettenhof, Arbeit des Vereins „Migration“ in Mettenhof, neues Polizeikonzept für Mettenhof, neue Hundeverordnung des Landes. Wichtigster Tagesordnungspunkt ist und bleibt aber die „Soziale Stadt“, die unseren Stadtteil sichtbar voranbringt. -hft-

**Bericht des
SPD-Fraktionsvorsitzenden
Cai-Uwe Lindner
aus der Kieler Ratsversammlung**



In den zurückliegenden Wochen und Monaten haben wir wichtige Entscheidungen in der Ratsversammlung getroffen.

Zunächst einmal möchte ich an den Verkauf eines 51 % - Anteils an der **Stadtwerke Kiel AG** an die britische Tochter der texanischen Firma TXU erinnern. Nach langwierigen Verhandlungen konnte für diesen Anteil ein Preis von 450 Mio. DM vereinbart werden. Durch den Anteilsverkauf haben wir die Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke und damit die dortigen Arbeitsplätze gesichert. Wir haben zudem eine hohe Einnahme erzielt, die es uns einerseits ermöglicht den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in unserer Stadt langfristig auf hohem Niveau zu sichern und uns andererseits erlaubt, Schulden abzubauen und damit neue Spielräume für dringend notwendige Investitionen zu verfügen.

Direkt nach der Sommerpause hat die Ratsversammlung das **Einzelhandelskonzept** für die

Kiel beschlossen. Es handelt sich um ein ausgewogenes Ergebnis. Der CITTI-Markt erhält die Möglichkeit, sein Kerngeschäft zu vergrößern, eine „shopping-mall“ mit Fachgeschäften einzurichten, den Media-Markt von Raisdorf nach Kiel zu holen und hier in seinen Verkaufsflächen zu verdoppeln ! Aber zugleich erhält auch die Innenstadt ihre Chance. Mit wichtigen Baumaßnahmen (Bootshafen, Kehden- und Küterstraße, Eggerstedtstraße) soll die Altstadt aufgewertet und damit gestärkt werden. Nun sind die Kaufleute gefordert, das Ihrige zur Verbesserung der Situation vor Ort beizutragen.

Vor uns liegen aber noch eine Reihe anderer, wichtiger Arbeiten. Oberbürgermeister Norbert Gansel haben wir beauftragt, Konzepte zur **Zukunftssicherung des ÖPNV** aufzuzeigen. Dabei geht es um die Wettbewerbsfähigkeit der KVAG, die Sicherung der dortigen Arbeitsplätze und die Auswirkungen auf die Kunden. Die Ratsversammlung wird in

diesen Prozess eng eingebunden. Entscheidungen, die die KVAG betreffen, sollten - so wie es bislang auch bei anderen wichtigen Themen praktiziert worden ist - von einer breiten Mehrheit in der Ratsversammlung getragen werden.

Entscheidungsreif ist auch das Thema „**Theaterreform**“. Durch die Umwandlung der städtischen Bühnen in eine Bühnen gGmbH (gemeinnützige Gesellschaft) soll das Theaterangebot in seinem bisherigen Umfang und bei gleicher Qualität erhalten bleiben. Es werden durch diese Maßnahme aber folgende Effekte erwartet :

- Entbürokratisierung der internen Entscheidungsabläufe,
- flexiblere Betriebsführung und Personalwirtschaft sowie eine
- verbesserte Wirtschaftsführung.

Ein weniger spektakuläres, aber nichtsdestotrotz wichtiges Thema ist der **Verwaltungsreformprozess** in der Stadtverwaltung. Mit unserer Initiative „**Stadtverwaltung 2010**“ wollen wir diesen Prozess weiter voranbringen. Dazu sollen die künftigen Kernaufgaben der Stadtverwaltung im Jahr 2010 festgelegt werden. Die Verwaltung wird anschließend schrittweise umgebaut, so dass spätestens im Jahr 2010 die angestrebte Struktur eingenommen wird. Wir erwarten nicht nur, dass die Verwaltungsabläufe effizienter werden sondern auch eine Befreiung des städtischen Haushalts von strukturellen Dauerbelastungen. Damit wird dann ein erheblicher Beitrag zur Haushaltssanierung und zum Schuldenabbau geleistet.

Aber schon jetzt gilt für die vor uns liegenden Beratungen zum **Haushalt 2001**, dass wir den Kurs der Sanierung und des Schuldenabbaus trotz hoher Erlöse aus dem Verkauf von KWG und Stadtwerke-Anteilen unverändert fortsetzen werden. Es gibt keine vernünftige Alternative zu dem eingeschlagenen Kurs. Über die Ergebnisse des Haushaltsberatungen für das Jahr 2001 werde ich Sie informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Cai-Uwe Lindner

Mettenhofer Ratsherr und
Vorsitzender
der SPD-Ratsfraktion



Die Öffentlichkeit ist aufgewacht!

**von Bundeskanzler
Gerhard Schröder**

Die Öffentlichkeit ist aufgewacht, die Schweigespirale angehalten, das Treiben rechtsextremistischer Gewalttäter geht uns alle an. Wir dürfen nicht zulassen, dass das Bild Deutschlands durch eine gewaltbereite Minderheit verdüstert wird.

Da braucht es die Härte der Polizei, da braucht es die Härte der Justiz. Inländer wie Ausländer können sich darauf verlassen, dass die Regierungen in Bund und Ländern gegen fremdenfeindliche Aktionen mit aller Härte vorgehen werden.

Aber auch damit müssen wir rechnen: die rechten Gewalttäter können die öffentliche Aufmerksamkeit gewollt missverstehen. Umso mehr müssen alle, die sich an der öffentlichen Debatte beteiligen, dazu beitragen, dass Ächtung und Verachtung solcher Handlungen unmissverständlich deutlich wird.

Natürlich darf die Ursachenforschung nicht klein geschrieben werden. Gerade deshalb ist es wichtig, Eltern und Schulen zu ermuntern, jedes Anzeichen ernst zu nehmen, das darauf hinweist, dass junge Leute den rechten Rattenfängern folgen könnten. Jeder Handwerksmeister hat ebenso die Pflicht, den Auszubildenden Vorbild zu sein. Schon bei der Sprache fängt es an.

Initiativen, die sich dieser Auseinandersetzung verschreiben, müssen wir ermutigen. Besonders in den Regionen, in denen rechte Gewalt einschüchtert oder einschüchtern könnte.

BERICHT AUS DEM LANDTAG

Klaus-Dieter Müller (MdL)



Schleswig-Holstein steht gut da. Seit Jahren wird ein stetiges Wirtschaftswachstum vorgelegt. Jugendlichen können ausreichend Ausbildungsplätze im eigenen Land angeboten werden. Schleswig-Holstein ist nach Bayern das erfolgreichste Gründerland der Republik. Unsere Wirtschaft schaut optimistisch in die Zukunft. Besonders erfreulich ist außerdem, daß seit Januar 2000 mehr als 20.000 Menschen neue Beschäftigung gefunden haben. Schleswig-Holstein ist inzwischen das Bundesland mit der geringsten Arbeitslosigkeit in Norddeutschland. Das sind Belege: unser Land ist auf dem richtigen Weg .

eine sorgfältige Balance zwischen den unumgänglichen Einsparungen einerseits und den notwendigen Investitionen andererseits darstellt. Die Neuverschuldung soll 2001 bei 995 Millionen Mark und der Personalkosten-Anteil unter 40 Prozent bleiben. Damit haben wir entscheidende Weichen gestellt.

ZUKUNFTS- INVESTITIONEN

Schleswig-Holstein muss sparen und dennoch Mut für Zukunftsinvestitionen haben.

Eine gute Unterrichtsversorgung und die Nachwuchssicherung im Leh-

rerbereich haben für uns Priorität. Hier werden wir – trotz Haushaltskonsolidierung – keine Abstriche machen. 1.000 neue Lehrerstellen in dieser Wahlperiode des Landtages und die Besetzung jeder frei werdenden Stelle im Schulbereich sind klare Akzentsetzungen und unterstreichen den Willen, unseren Kindern eine gute Ausbildung zu garantieren. Ferner fördert das Land mit über 4,3 Millionen Mark in diesem Jahr

Arbeit, Bildung, technologische und ökologische Innovation sind die Schwerpunkte, die die Landesregierung in diesem Haushalt gesetzt hat. Darauf konzentrieren wir unsere Mittel. Dafür müssen wir an anderen Stellen sparen. So können wir gezielt den Strukturwandel fortsetzen. Die Landesregierung hat dem Parlament einen Haushalt vorgelegt, der



die Modernisierung der Ausstattung an berufsbildenden Schulen.

Außerplanmäßig wurden 5 Millionen Mark für die **Hochschulen** bereitgestellt, von denen 4,5 Millionen Mark in diesem Jahr die Kieler Hochschulen erhalten. Dies ist ein Beitrag zur Unterstützung struktureller Veränderungen an den Hochschulen.

Auch die **Innere Sicherheit** hat für Sozialdemokraten Vorrang. Der Gesamtetat für 2001 von knapp 660 Millionen Mark enthält keine Kürzungen. Die Polizeipräsenz bleibt gesichert. Auch bei der Polizei werden trotz leerer öffentlicher Kassen die Weichen für die Zukunft richtig gestellt. Im nächsten Jahr sollen 220 junge Frauen und Männer in die Landespolizei neu eingestellt werden.

Für die **Weiterentwicklung des polizeilichen Informationssystems INPOL** wurden in diesem Jahr 4,3 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Bis 2004 fallen jährliche Kosten zwischen 14 und 15 Millionen Mark an. Das sind für den Polizeihaushalt des Landes durchaus gewaltige Summen, die aber aufgebracht werden müssen, um den steigenden An-

forderungen an eine erfolgreiche Polizeiarbeit in der Informationsgesellschaft gerecht zu werden.

Für den Kauf von neuen Dienstfahrzeugen sind 5,4 Millionen Mark vorgesehen. Auf Initiative der Landesregierung prüft die Polizei zur Zeit die Möglichkeit des Leasings von Polizeifahrzeugen. Das Ministerium erhofft sich davon eine Entlastung des Etats und zusätzliches Geld, um den Kraftfahrzeugbestand der Landespolizei schneller und in größerem Umfang als bisher zu modernisieren.

Die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein haben in den vergangenen Jahren erhebliche Umstrukturierungen mitgetragen. Bei der Umsetzung des neuen **Krankenhausplans** geht es nicht um Budgetkürzungen, sondern vielmehr um eine neue Struktur, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert. Wir wollen die Trennung von stationärer und ambulanter Behandlung überwinden und die Praxisnetze im Land weiter fördern. Schon jetzt liegen die Krankenhauskosten pro Patient in Schleswig-Holstein wegen guter Organisationsstrukturen unter dem Bundesdurchschnitt.

In Kiel wandelt sich die Kliniklandschaft gewaltig. Bis zum Jahr 2003 werden auf dem Gelände der Universitätskrankenhäuser insgesamt mehr als 137,6 Millionen Mark verbaut. Größtes Vorhaben ist mit einem Volumen von 84,3 Millionen Mark das Neurozentrum, das neben der Chirurgie auf dem Hubschrauberplatz entsteht. Die Projekte tragen dazu bei, die gesundheitliche Versorgung auf höchstem Niveau zu sichern.

Abschließend möchte ich noch einmal deutlich machen: Es gibt für uns Sozialdemokraten keine Alternative zum **Abbau der Verschuldung**, darin sind sich SPD-Fraktion und Landesregierung einig, denn nur diese Politik schafft uns mittelfristig neue Gestaltungsmöglichkeiten. Wer an einer Stelle auf Kürzungen verzichten möchte, muss dafür an anderer Stelle Kürzungsvorschläge machen. Nur so kann es gehen.

Es ist das Ziel der sozialdemokratischen Landesregierung, bereits in 2001 einen spürbaren Schritt in Richtung Konsolidierung zu machen. Gleichzeitig werden Arbeit, Bildung und Innovation die Schwerpunkte für die kommenden Jahre sein.

Notizen unseres Kieler Bundestagsabgeordneten Dr. Hans - Peter Bartels

Politik der Erneuerung

Es läuft ganz gut. Jetzt bloß keine dicken Backen machen! Wir haben in diesen kurzen zwei Jahren auch schon andere Zeiten erlebt: Nach den Anfangskapriolen, nach dem Kosovo-Krieg, nach Oskars Abgang eine Serie von regionalen Wahlpleiten – im vorigen Herbst haben wir, Rote und Grüne gemeinsam, gewissermaßen in den „Abgrund“ geschaut.

Aber jetzt läuft es gut. Die **große Steuerreform** ist geschafft. Sie reduziert die Steuerlast von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erheblich. Der Eingangssteuersatz sinkt in mehreren Schritten von 25,9 (1998) auf 15 Prozent (2005), der Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent. Gleichzeitig ist das Steuersystem gerechter geworden, Schlupflöcher für Hochverdienende und Konzerne sind gestopft. Die **Sozialversicherungsbeiträge** steigen nicht immer weiter, sondern sinken – dank der Ökosteuererhöhungen. Auch die Unternehmen werden entlastet. Diese Strategie der Regierung Schröder ist

gut für Kaufkraft und Investitionen im eigenen Land, also gut für **Wirtschaftswachstum** und **Arbeitsplätze**.

Speziell für Jugendliche haben wir ein Sonderprogramm aufgelegt, das Qualifizierung und Beschäftigung vermittelt. Im Bündnis für Arbeit sind **zusätzliche Lehrstellen** verabredet worden. Hans Eichels Haushaltskonsolidierung kommt voran: Die Staatsausgaben sinken leicht, die Neuverschuldung sinkt deutlich, **Sondereinnahmen** (UMTS-Lizenzen) werden zur **Schuldentilgung** verwendet.

Abgeschlossen ist der lange Streit um den **Atomausstieg**: Es wird keine neuen Kernkraftwerke in Deutschland geben, die alten Anlagen gehen nach und nach vom Netz, erneuerbare Energien treten an Ihre Stelle. **Forschung und Hochschulen** erhalten deutlich mehr Geld vom Bund, und um den Nutzen der neuen Medien rund ums **Internet** für alle zugänglich zu machen, hat die Regierung



eine „Initiative D 21“ gestartet. Weitere Stichworte, die belegen, dass der Reformstau in Deutschland, die vom Ausland bespöttelte „German Disease“, überwunden ist: **Greencard** für Computer-Fachleute, neues **Staatsbürgerschaftsrecht** und erfolgreicher Abschluss der langen Verhandlungen über die **Zwangsarbeiterentschädigungen**.

Das ist eine gute Zwischenbilanz, aber einiges wird in dieser Wahlperiode noch zum Erfolg zu bringen sein: Die **Altersrente** muss auch für die heute 30jährigen in einer älter werdenden Gesellschaft auskömmlich und bezahlbar bleiben. Und das **Gesundheitswesen** muss schon jetzt längere Lebenserwartung, teurere Therapien und Stabilität der Kassenbeiträge in ein vernünftiges Verhältnis set-

zen – beinahe die Quadratur des Kreises.

In der entscheidenden Phase ist gerade Rudolf Scharpings **Bundeswehrreform** angelangt. Auf den Grundsatzbeschluss zur Reduzierung und Modernisierung unserer Streitkräfte folgt nun das Stationierungskonzept: Was bleibt, was fällt weg, wer zieht um?

Im **Kieler Interesse** liegt es, nach dem überproportionalen Truppenabbau der er-

sten Reduzierungswelle jetzt so viel Bundeswehr wie möglich so lange wie möglich in der Stadt zu halten. Arsenalbetrieb, Wehrbereichsverwaltung, Wehrbereichskommando und langfristig auch die Marineflieger sollen in Kiel bleiben; mit dem zweiten Einsatzgruppenversorger und möglichen neuen Einsatztruppentransportern könnte der (verkleinerte) **Marinehafen** zum Typstützpunkt für große Sonderschiffe werden.

Am Ende, wenn 2002

Gerhard Schröder und diese Regierung sich zur Wiederwahl stellen, wird es auf die Gesamtten- denz, auf die entscheidenden Trends ankommen: Sinkt die Arbeitslosigkeit? Auch im Osten? Wächst die Wirtschaft? Bleiben die Sicherungssysteme und die Sozialabgaben stabil? Steigt die Kaufkraft? Sinkt die Neuverschuldung? Im Moment lautet die Antwort auf alle diese Fragen: Ja. Es läuft gut. Unsere Politik der Erneuerung funktioniert.



Stadtpräsidentin Cathy Kietzer In Gedenken an das ehemalige KZ Russee

Es war der größte organisierte Menschenraub der Geschichte. Männer, Frauen, Kinder: mit vorgehaltenen Gewehren aus ihren Häusern geholt, auf Lastwagen gezwungen, abtransportiert zu schuften für den Krieg der Deutschen. Aus Menschen wurden Arbeitssklaven – viele von ihnen haben die Barbarei nicht überlebt.

Im Stadtteil Russee befand sich vom Sommer 1944 bis Mai 1945 das berüchtigte „Arbeitserziehungslager Nordmark“ der Gestapo.

Arbeitserziehungslager - das klingt verharmlosend. Insgesamt wurden in das Lager Nordmark über 4000 Menschen aus mehr als zehn Ländern unterjocht und eingesperrt.

Die Zustände im „Arbeitserziehungslager Nordmark“ waren katastrophal. 600 Menschen starben. Sie wurden in Massengräbern verscharrt. Es gab sogar Pläne, ein Krematorium zu errichten.

Erst wenige Tage vor Kriegsende kam die Erlösung: in den frühen Mor-



genstunden des 4. Mai 1945 befreiten die Engländer die Gefangenen. Zwar wurden einige der verantwortlichen Gestapo-Führer von den Alliierten zur Verantwortung gezogen und zum Tode verurteilt, bald aber wurde die Existenz des KZ

Russee - wie so vieles aus dieser Zeit - verdrängt.

Nicht erst mit dem Abriss der letzten Baracken in den sechziger Jahren geriet die Geschichte des "Lagers Nordmarks" in Vergessenheit. Nichts sollte mehr daran erinnern.

Es ist engagierten Menschen in Kiel zu verdanken, dass die Erinnerung wach gehalten wird.

Viele Jahre hat sich niemand in Deutschland für die Geschichte von Zwangsarbeitern während der Zeit des Nationalsozialismus interessiert, geschweige denn Verantwortung übernommen.

Mehr als ein halbes Jahrhundert hat es ge-

braucht, bis sich die deutsche Wirtschaft überhaupt zu Verhandlungen über so etwas wie eine materielle Nachzahlung einließ.

Politik und Wirtschaft einigten sich nach endlosen und zähen Verhandlungen schließlich darauf, gemeinsam in einen Fonds einzuzahlen - und das ganz unabhängig davon, ob ein Unternehmen einst Zwangsarbeiter eingesetzt hat oder nicht.

Bis heute hat es die Deutsche Wirtschaft jedoch nicht geschafft, ihren Anteil von 5 Milliarden DM für den Entschädigungsfonds aufzubringen und auf diese Weise Verantwortung zu übernehmen.

Dies ist eine Blamage ersten Ranges. Die deutsche Wirtschaft ist so auf dem besten Wege, den

Ruf des Standortes Deutschland, um den sie sonst mit allen Mitteln bemüht ist, zu ruinieren. Und ich sehe die ernsthaftige Gefahr, dass die Idee einer gemeinsamen Verantwortung scheitert. Auch in Kiel gibt es eine Reihe von Unternehmen, die sich an dem Fonds (noch) nicht beteiligt haben. Insofern erneuere ich meinen Appell vom Frühjahr diesen Jahres an die Kieler Firmen:

Beteiligen Sie sich am Stiftungsfonds und zwar völlig unabhängig davon, ob das Unternehmen zu Kriegszeiten bereits bestanden hat, ob es Zwangsarbeiter beschäftigt hat oder auch nicht.

Ich danke an dieser Stelle aber auch den Kieler Unternehmen, die sich bereits an dem Fonds beteiligt haben. Namentlich möchte ich hier beispielsweise die Kieler Stadtwerke und HDW nennen, die sich über ihren Beitrag an dem Stiftungsfonds hinaus mit namhaften Beträgen an der Finanzierung eines Projektes in unserer Stadt beteiligt haben.

Die Stadt Kiel ist sich ihrer Verantwortung vor der Geschichte sehr wohl bewusst und hat auf einstimmigen Beschluss der Ratsversammlung ein

- ★ PC - Welt entdecken und erobern
- ★ Vorteile Nutzen
- ★ Einsteigen ins Internet
- ★ Pc - Probleme lösen

Vom Anfänger bis zum Profi: mit Sorgfalt, Kompetenz und freundlichem Service unterstütze ich Sie gerne bei der Umsetzung Ihrer Wünsche

Professional

MICROSOFT Certified

Konrad Wetzel

Wehdenweg 36 - 24148 Kiel

Tel: 0431 7201034

Fax: 0431 7201035

E-Mail:

PC-Service-K.Wetzel@t-online.de

Projekt "Zwangsarbeit" In zwei Aufrufen habe ich eingerichtet. Im Rahmen dieses Projektes werden alle Erkenntnisse zu dieser Zeit systematisch und wissenschaftlich aufgearbeitet. Ich gehe davon aus, dass wir in etwa einem Jahr einen ersten Zwischenbericht haben werden.

Nur wenn wir den Mut haben, uns zu erinnern, wenn

wir bereit sind, auch die düsteren Seiten unserer Vergangenheit als Teil unserer Geschichte anzunehmen, dann lernen wir für die Zukunft.

Lassen Sie uns gemeinsam der Opfer des KZ Russee und aller Opfer der Nazi-Diktatur gedenken.



Ein Sattel für Court und ganz viele Kinder



Seit einem Jahr gibt es auf dem Kinder- und Jugendbauernhof eine neue Attraktion: ein Pferd, das es den jungen Reiterinnen ermöglicht, ihre Erfahrungen auf besondere Weise zu erweitern. Wäre da nicht ein kleines Problem

„Court“ - so heißt das Pferd - braucht nämlich einen neuen Sattel. Der bislang benutzte hat zu massiven gesundheitlichen Problemen geführt.

Nach langem Suchen wurde für Court ein pas-

sender Sattel gefunden. Es fehlt aber noch an Geld.

Erklärtes Ziel der Kinder und Jugendlichen im Reitbereich ist es, einen Teil (ca. DM 600,-) der benötigten Summe selbst auf-

zubringen. So haben sie durch den Abtransport von Stallmist und Abholung von Grünschnitt von verschiedenen GartenbesitzerInnen im Stadtteil eine beachtliche Summe zweckgebundener Spenden erhalten.

Es fehlen noch ca. DM 1000,-, damit Court zu Weihnachten einen neuen Sattel bekommen kann und die Kindern und Jugendlichen im Reitbereich weiterhin viele Reiterfreuden mit diesem Pferd erleben können.

Spendenkonto:
AWO-Kreisverband
Kiel

Sparkasse Kiel
BLZ 21050170
K.Nr. 104794

Zweck:
Zweckgebunden für
den Kinder-u. Ju-
gendbauernhof Met-
tenhof, „Reitsattel“